

## Öffentlich Gesicht zeigen: 1. Mai 2021 in Solingen



Eingeladen hatten die Parteien Die Linke und die DKP, der Türkische Volksverein, die Alevitische Kulturgemeinde und die SDAJ Solingen. Gut 50 Menschen waren vom Ordnungsamt zugelassen und so viele waren gekommen. Vielfältig und ganz nah dran an den brennenden Themen waren die Beiträge der Redner\*innen – die Jüngste 15, die Älteste 82!

Berichte aus dem Gesundheitswesen, zur Lage der Familien, der Schüler\*innen, zu Problemen der arbeitenden Menschen in den Betrieben, zur Klima-Katastrophe, zu den demokratischen und sozialen Rechten in Corona-Zeiten – und vieles mehr. An die Bedeutung des 1. Mai erinnerte die älteste Rednerin, 60 Jahre in der Gewerkschaft, früher Verkäuferin: „Den arbeitenden Menschen wurde nichts geschenkt, alles musste erkämpft werden – und jetzt beharrlich verteidigt!“, vermerkte sie am Schluss ihres Beitrages.

Viele Kolleg\*innen sind dem Aufruf des Türkischen Volksvereins und der Alevitischen Kulturgemeinde gefolgt. Von ihnen kam ein Beitrag in türkischer Sprache.

Persönliche Wünsche an diesem 1. Mai konnten mit Kreide auf den Boden geschrieben werden. Zu lesen waren Solidaritätsbekundungen mit den Beschäftigten im Gesundheitswesen, verbunden mit der Forderung, das Gesundheitswesen endlich zu demokratisieren und von kapitalistischen Zwängen zu befreien. Es wurde den Bau- und Miethaien der Kampf angesagt, ebenso der Rüstungsindustrie, den Waffenexporteuren und der NATO.

### Wir zahlen nicht für eure Krise!

Mehrere Beiträge benannten das kapitalistische Profitsystem als Ursache der katastrophalen Entwicklungen; Gerechtigkeit könne nur in einer wirklich demokratischen und solidarischen Gesellschaft entstehen. Verbunden damit wurde die Forderung: Wir zahlen nicht für diese Krise, die Reichen müssen zahlen.

Die Lieder der Arbeiter- und demokratischen Bewegung, das bunte Bild an Schildern und Fahnen, die guten Beiträge, das Gefühl der Verbundenheit in der gemeinsamen Sache und schließlich die wärmende Nachmittagssonne - das alles schuf eine herzliche, solidarische, Mut machende und mitunter sogar heitere Stimmung an diesem 1. Mai auf dem Neumarkt in Solingen.



Kolleg\*innen des Türkischen Volksvereins und der Alevitischen Kulturgemeinde beteiligten sich an der Kundgebung

### Der 1. Mai gehört auf die Straße!

War es beim 1. Mai 2020 noch erklärbar warum die Gewerkschaften in Solingen nicht auf die Straße gingen, ist es im Mai 2021 schade und unverständlich, dass wir es in den Gewerkschaften nicht geschafft haben, eine Demonstration und eine Kundgebung in Solingen auf die Beine zu stellen. In anderen Städten war das möglich.

Die Ostermärsche haben gezeigt, dass es möglich ist, mit Abstand und Maske verantwortungsvoll zu demonstrieren, auch in Pandemiezeiten. Gründe, um unseren Forderungen auf den Straßen Nachdruck zu verleihen, gibt es genug.

Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, was die Beschäftigten dem Kapitalismus wert sind. Diejenigen, die im Gesundheits- und Bildungswesen, im öffentlichen Personennahverkehr und im Einzelhandel beklatscht wurden, werden immer noch schlecht bezahlt. Bei Tarifauseinandersetzungen um mehr Einkommen werden sie beschimpft. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge fehlt es an Personal, dort steigen Arbeitszeiten und Stress. Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, Klinikschließungen und das Fallpauschalen-System gefährden die Gesundheit von Personal und Patient\*innen.

Vielen Menschen reicht es nicht mehr zum Nötigsten. Sie können wegen Lohnausfällen, z. B. durch Kurzarbeit, Miete und Strom, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Kultur nicht mehr bezahlen.

Wir erleben eine der heftigsten Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte. Die Corona-Pandemie verstärkt die Krise und wird gleichzeitig genutzt, um die Lasten auf die Werk tätigen abzuwälzen. Milliarden öffentlicher Gelder fließen in Rettungspakete für große Konzerne, die in einem Atemzug Profite einfahren, Gewinne an ihre Aktionäre auszahlen und gleichzeitig massenhaft Arbeitsplätze vernichten. Beispiel Daimler: die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld brachte 2020 Einsparungen in Höhe von 700 Millionen Euro. Trotzdem wurde eine Dividendenerhöhung beschlossen: 1,35 Euro erhalten die Aktionäre pro Anteilsschein - das sind 50 Prozent mehr als im Vorjahr. Insgesamt werden so 1,4 Milliarden Euro an die Anteilseigner ausgeschüttet. So werden Steuergelder, die Beschäftigung sichern und Pleiten verhindern sollten, als Gewinnausschüttungen an Aktionäre weitergeleitet.

In der Schule werden Kinder und Jugendliche aus armen Haushalten systematisch abgehängt, weil sie nicht über Endgeräte für Homeschooling verfügen und Lehrer\*innen sich nicht genug um sie kümmern können.



*Redner\*innen auf der Kundgebung linker Organisationen am 1. Mai in Solingen*

Gleichzeitig wird die Corona Pandemie genutzt, um noch stärker öffentliches Eigentum zu privatisieren. Viele Kommunen sind durch Sparzwang und Schuldenbremse kaum noch handlungsfähig. In der Folge verschlechtern sich die Bedienungen für Beschäftigte massiv, während die Preise für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge steigen. Auch hier trifft es die Armen, nicht die Reichen. Sie müssen für die Krise zahlen!

Es kann nicht sein, dass die Beschäftigten die Last der Krise alleine tragen müssen. Wir brauchen eine Vermögensabgabe wie z.B. von der IG Metall schon 2012 angemahnt: „Die IG Metall fordert für 20 Jahre eine Vermögensabgabe von jährlich zwei Prozent auf alle Geld- und Sachvermögen von mehr als einer Million Euro. Das würde zusätzliche Einnahmen von über 30 Milliarden Euro im Jahr bringen. Bei einem Freibetrag von einer Million Euro wäre hierzulande ein halbes Prozent der Deutschen von einer solchen Abgabe betroffen.“<sup>1</sup>

#### **Wir fordern:**

- Kampf um jeden Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich.
- Schluss mit der Privatisierung. Für die Überführung der gesamten Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum, Abschaffung der Schuldenbremse.
- Keine Subventionen für Konzernkassen und Aktionäre – Vergesellschaftung ist die Alternative.
- Für eine bedarfsgerechte Pflege und mehr Personal im Gesundheitswesen. Weg mit den Fallpauschalen.
- Für mehr Lehrer\*innen und Sozialarbeiter\*innen. Für kleinere Klassen. Weg mit dem selektiven Schulsystem.
- Weg mit dem Hartz IV-System. Für eine Rente die ein Alter in Würde garantiert.
- Verbot von prekärer Beschäftigung. Verbot von Werkverträgen, wenn Sie der Aushöhlung von Normalarbeitsverträgen dienen.
- Für Vermögensabgabe und Millionärssteuer.

<sup>1</sup> <http://web.archive.org/web/20150216055507/http://www.igmetall.de/sid-51accee7-84428252/ig-metall-fordert-eine-vermoegensabgabe-11074.htm>

## „und laut zu sagen: Nein.“

Am 8. Mai 2021, dem 76. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, war es endlich so weit. Die Ausstellung „...und laut zu sagen: Nein.“ des Max-Leven-Zentrums wurde zusammen mit den Ausstellungen des Zentrums für verfolgte Künste am 8. Mai live ab 17:00 Uhr auf <https://verfolgte-kuenste.com/> eröffnet. Insgesamt drei Ausstellungen beschäftigen sich mit dem Widerstand gegen das NS-Regime:

### Écraser l'infâme! Zerstört die Niedertracht

Künstler und das KZ – die Sammlung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

### Boris Lurie. Das Haus von Anita

100 Kunstwerke zur deutschen Erstveröffentlichung von Boris Luries Lebens- und Überlebenswerk

### „... und laut zu sagen: Nein.“

Formen, Strategien und Bedingungen des Widerstands gegen das NS-System in Solingen, Ausstellung des Max-Leven-Zentrums Solingen e.V.

Die dunkle Zeit des Faschismus insbesondere für die junge Generation wieder erfahrbar zu machen, Täter und Opfer zu benennen und Ursachen aufzuzeigen, war einer der wesentlichen Gründe für den Arbeitskreis „Verfolgung und Widerstand in Solingen 1933 bis 1945“ eine Ausstellung zu diesem Thema zu initiieren. Solingen war ein Zentrum der Arbeiterbewegung im Bergischen Land. Kommunisten und Sozialdemokraten waren hier die stärksten Parteien vor 1933. Umso brutaler war der Terror der Nazis gegen ihre Mitglieder und ihre Familien. In Zuchthäuser und Konzentrationslager verschleppt und gefoltert, konnten die Nazis dennoch diesen Widerstand nicht brechen. Nach der Befreiung vom Faschismus nahmen die überlebenden Antifaschist\*innen ihre Arbeit im zerstörten Solingen wieder auf. In der Nachkriegszeit war das nicht einfach, waren doch alte Naziseilschaften und Täter oftmals wieder in Amt und Würden.



Mit dieser Ausstellung haben die Bürger\*innen dieser Stadt die Möglichkeit zu erfahren, was in ihrem Stadtviertel während der Nazizeit passierte. Die Ausstellung ist zugleich Mahnung, Aufforderung zur Diskussion und zum Handeln gegen Intoleranz, Rassismus und Neofaschismus in unserer Stadt. In einer Zeit, in der völkisch-nationale Bewegungen und Parteien wieder wählbar werden, Neonazis und Rassisten Menschen ermorden und einschüchtern, tut Aufklärung und Widerstand not.

Die VVN-BdA Solingen hatte sich seit vielen Jahren um eine Aufarbeitung der Nazizeit und eine Würdigung des antifaschistischen Widerstandes in unserer Stadt bemüht. Als älteste und größte antifaschistische Organisation, war es ihr ein Herzensanliegen den tapferen Solinger Frauen und Männern des Widerstandes zu gedenken, die oftmals ihren Einsatz mit dem Leben bezahlen mussten.

Wir danken der VVN-BdA Solingen für ihren Beitrag zur Initiierung des Arbeitskreises, dem Max-Leven-Zentrum Solingen und allen, die an der Ausarbeitung und Fertigstellung dieser Ausstellung beteiligt waren. So werden unsere Genoss\*innen sowie alle verfolgten und ermordeten Gegner\*innen der Nazis gewürdigt.

„8. Mai muss Feiertag werden!“  
Jetzt mitmachen!

- Lege eine **Blume** an einem **Gedenkort** ab!
- Poste ein **Foto oder Video** davon auf **Facebook, Twitter oder Instagram**, um darauf aufmerksam zu machen!
- # Nutze den **#TagDerBefreiung**.
- Sende dein Bild an **deutschland@change.org**.

Esther Bejarano  
Auschwitz-Überlebende

**Gedenken an 71 Gefangene,  
die kurz vor der Befreiung  
vom Faschismus von der  
Gestapo in der Wenzeln-  
bergschlucht grausam  
ermordet wurden.**



Am 25. April 2021 gedachten Antifaschist\*innen und Offizielle der Bergischen Städte der am Wenzelnberg ermordeten Häftlinge.

**Nie wieder  
Krieg –  
Nie wieder  
Faschismus!**



## **Auf Sand gebaut: Zum Haushalt der Stadt Solingen**

„Die Stadt befindet sich im finanzwirtschaftlichen Blindflug“, so umschrieb der Stadtkämmerer die Lage vor der Beschlussfassung des Haushaltes. Es sei ein Nothaushalt. Das ist nicht neu. Seit Jahren ist die Stadt klamm, weil ständig finanziell unterversorgt und mit Aufgaben belastet, für die es vom Bund und Land keinen Ausgleich gab. Zuschüsse vom Land („Stärkungspaket Stadtfinanzen“) gab es nur, wenn selbst rigorose Sparmaßnahmen vorgenommen wurden, deshalb müsse ein ausgeglichener Haushalt sein. Im anderen Fall drohte die Bezirksregierung mit dem Sparkommissar. Alle „Sparbemühungen“ sind gescheitert. Die Stadt ist weiterhin hoch verschuldet.

Unter diesem schlechten Stern steht der jetzt beschlossene Haushalt mit 692 Millionen Euro. Sogar ein Überschuss von 400.000 Euro wurde hervorgezaubert. Aber all das ist nur eine Luftnummer. In Wirklichkeit fehlen Einnahmen: bei der Gewerbesteuer, beim Öffentlichen Nahverkehr, überall werden steigende Kosten in Millionenhöhe erwartet, auch wegen der steigenden Sozialleistungen.

Enorm sind die Folgekosten der Pandemie. Beim Infektionsschutz, beim Testen und Impfen, enorme

Ausgaben beim Ordnungs- und Gesundheitsamt und vieles mehr. Diese Mehrausgaben in Millionenhöhe sollen nicht im Haushalt zu finden sein, sondern „zauberzauber“ unterm Teppich in einer Art Bad-Bank verschwinden. Das Geld ist dann aber der Stadt nicht großzügig erlassen, oh nein, sondern sie muss das über 50 Jahre hinweg abstottern. Wie Bund und Land den klammen und den durch die Kosten der Pandemie zusätzlich arg gebeutelten Städten beispringen, steht bislang auch in den Sternen.

Oder kommt es noch schlimmer und der Geldsegen, den der Bund an die großen Konzerne verteilt, wird bei den Kommunen wieder reingeholt? Bei so viel Unsicherheit ist kein solides, verlässliches, selbst verwaltetes Handeln möglich. Es drohen neue Angriffe auf die kommunale Daseinsvorsorge. Werden wir gezwungen, sogenannte „Freiwillige Leistungen“, wie Kultur- und Sporteinrichtungen, aufzugeben. Wird unser „ÖPNV“ weiter abgespeckt? Er ist nämlich auf Zuschüsse angewiesen. Ist dann unser kommunales Krankenhaus noch zu halten? Fragen über Fragen. Es ist zu befürchten, dass dann private Investoren, Reiche, Fondsgesellschaften etc., die ihr Geld profitabel anlegen wollen, uns die „Filetstücke“ weg kaufen. Im Klartext: Es droht die weitere Privatisierung öffentlichen Eigentums. Angesichts dieser Lage ist höchste Wachsamkeit geboten. Sonst sind wir die großen Verlierer.



*Blick über das Gelände, auf dem Fürkeltrath-II entstehen soll*

## **Hauptausschuss genehmigt 250.000 € für die Anbindung von Fürkeltrath-III!**

Wie die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“ in einer Presseerklärung mitteilt, ist das Votum der Bezirksvertretung Gräfrath durch die Mehrheit von SPD, Grünen und Linken gegen die Haushaltsposition „Vorlaufkosten Anbindung Fürkeltrath-II“, vom Finanzausschuss auch mit den Stimmen der SPD abgelehnt worden. Damit werden im Jahr 2021 250.000 Euro für ein noch nicht beschlossenes Gewerbegebiet Fürkeltrath-II ausgegeben. Eine richtige Erklärung, wofür das Geld ausgegeben werden soll und warum es in den Haushalt gekommen ist, gab es allerdings nicht. Auch die Bezeichnung der Haushaltsposition „Vorlaufkosten Anbindung Fürkeltrath-II“ deutet unzweifelhaft auf die Realisierung eines Gewerbegebietes Fürkeltrath-II hin. Widerstand gegen die Schaffung neuer Gewerbegebiete in Gräfrath tut also weiterhin not!

## 19. März 2021: Globaler Klimastreik von Fridays for Future



Am 19. März fand der erste globale Klimastreik in diesem Jahr statt. Aufgrund der Einschränkungen der Corona-Pandemie gab es in Solingen in diesem Jahr alternative Aktionen. So sprühten u. a. Aktive dieser Bewegung mit Sprühkreide Slogans vor Solinger Schulen (s. Foto), um so auf die Aktion und die Forderungen von Fridays for Future aufmerksam zu machen.

Fridays for Future Deutschland fordert die Regierungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene auf, die Klimakrise als solche zu benennen und sofortige Handlungsinitiativen auf allen Ebenen zu ergreifen. Noch gibt es die Chance und damit die Verantwortung, eine Klimakatastrophe abzuwenden. Vor allem in den Sektoren Energieerzeugung, Wohnen und Bauen, Industrie, Transport und Verkehr sowie Landwirtschaft sind enorme Anstrengungen nötig. Das wirtschaftliche Handeln darf nicht weiterhin planetare Grenzen überschreiten. Die Verwirklichung dieser Forderungen muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen. Diesbezüglich müssen die Regierungen entsprechende Konzepte vorlegen. Der Staat muss seiner Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

### Zum 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg

Am 5. März jährte sich der Geburtstag Rosa Luxemburgs zum 150. Male. Aus diesem Grund veröffentlicht die Klingensteinadt in diesem Jahr Auszüge aus ihren Arbeiten. Der folgende kurze Text gehört zu ihren über 50 frühen Arbeiten, die sie in Polnisch vom Sommer 1893 bis Sommer 1896 für die monatsweise erscheinende Zeitung *Sprawa Robotnicza* (Arbeitersache) schrieb. Wir dokumentieren Ausschnitte aus dem Artikel.

„Gleich am Anfang haben die polnischen Arbeiter am 1. Mai neben der Achtstundenarbeit ihre zweite Forderung aufgestellt – die politische Freiheit! Ohne politische Freiheit, ohne Streikrecht, Vereins- und Versammlungsrecht, ohne eine Einflussnahme auf die Regierung – entfällt für uns der wichtigste Vorteil des Achtstundenarbeitstags. Die Losung der Achtstundenarbeit bedeutet die Begrenzung der Ausbeutung. Wir müssen eine weitere Losung hinzusetzen: Die Freiheit des Kampfes gegen die Ausbeutung!

Sobald das Arbeitsvolk beschließt, sich aus der Knechtschaft der Zarenregierung zu befreien, ist das Todesurteil für die Unfreiheit gefällt. Deren Tage sind gezählt. Das Volk wird sich von keinem Mittel mehr aufhalten lassen, mit seinem Blut wird es nicht geizen, um die Freiheit zu erringen. So haben einst die ausländischen Arbeiter gekämpft – so werden nun auch wir kämpfen. Doch noch hat die letzte Stunde nicht geschlagen. Heute gilt noch nicht, sich mit Militär und Polizei zu schlagen. Heute ist der Maifeiertag unser Kampf gegen die Regierung. (...)

Der Arbeiter, der am 1. Mai zur Arbeit geht und auf die feiernden Kameraden trifft, fragt verwundert: Warum arbeitet ihr nicht am Werktag? Dann antworten wir ihm: Wir feiern, weil wir Achtstundenarbeit und politische Freiheit wollen – schließ dich an! Und der neue Genosse kehrt nach einem Moment der Unentschlossenheit um, schließt sich uns an.

So werden unsere Reihen wachsen. Doch jetzt gilt:

Feiern wir den 1. Mai und zählen wir unsere Kräfte.

Feiern wir den 1. Mai und vergrößern wir unsere Reihen.

Feiern wir den 1. Mai und zwingen wir die Regierung zu Zugeständnissen.

Heute ist der 1. Mai unsere mächtigste Waffe für die politische Freiheit.

Polnischer Arbeiter – gib diese Waffe nicht aus der Hand!“



# Neues Versammlungsgesetz für NRW: Massiver Angriff der NRW-Landesregierung auf Versammlungsgrundrecht



*Kundgebung der SDAJ gegen das geplante Versammlungsgesetz NRW vor dem Landtag*

Am 27. Januar 2021 hat die schwarz-gelbe Landesregierung einen Gesetzentwurf für ein neues, eigenes Versammlungsgesetz für NRW in den Landtag eingebracht. Ziel des Gesetzes soll angeblich sein, der Polizei als Versammlungsbehörde neue Spielräume zu eröffnen, um eine Versammlung besser vor Übergriffen von außen schützen zu können. Unter dem Deckmantel einer scheinbaren Präzisierung des aktuell geltenden Versammlungsgesetzes des Bundes soll jedoch, wie die Landesregierung in der Begründung des Gesetzentwurfs selbst schreibt, ein „[...] Ausgleich von Versammlungsfreiheit und öffentlicher Sicherheit unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren in gesellschaftlicher wie technischer Hinsicht fortschreitenden Entwicklungen“ geschaffen werden.

## **Versammlungsfreiheit droht eingeschränkt zu werden**

Heißt so viel wie: Die Versammlungsfreiheit wird zulasten der Versammlungsteilnehmer\*innen und Leiter\*innen einer Versammlung massiv unter dem Vorwand vermeintlich bestehender gesellschaftlicher Risikobedenken gegen Versammlungen eingeschränkt.

Neben einem „Militanzverbot“, welches das Auftreten von politischen oder anderen Gruppierungen mit ähnlichen Kleidungsstücken verbietet und unter Strafe stellt, soll nach dem Willen des NRW-Innenministers, Herbert Reul (CDU), auch u.a. ein „Störungsverbot“ eingeführt werden, wonach jedwede, eine andere Versammlung störende Handlung unter Strafe gestellt und deren Vorbereitung im Keim erstickt werden soll. Wogegen sich dieses Störungsverbot politisch richtet, ist angesichts der erfolgreichen antifaschistischen Proteste in Form von Massenblockaden gegen Neonazi-Demos wohl offenkundig.

Ferner sieht der Gesetzentwurf vor, dass Versammlungsleiter\*innen für etwaige Störungen und „wesentlich andere Verläufe“ der Demonstrationen persönlich haftbar gemacht werden. Daten von Ordner\*innen sollen verpflichtend weitergegeben, die Möglichkeit von Kontrollstellen, inklusive Durchsuchungen rund um einen Versammlungs- und Kundgebungsplatz eröffnet werden und die Standardbefugnisse der Polizei zur Einschüchterung von Demonstrant\*innen ausgeweitet werden sollen.

## **Weiterer Widerstand gegen das geplante Versammlungsgesetz ist notwendig!**

Zusammenfassend muss man feststellen: Dieses geplante neue Versammlungsgesetz für NRW stellt sich als weiterer Versuch dar, kritisch Denkende und Gegner\*innen der aktuellen Regierungspolitik mundtot zu machen, indem ihnen das verfassungsmäßig garantierte Grundrecht auf Versammlungsfreiheit i. S. d. Art 8 Grundgesetz auf ein Minimum reduziert bzw. fast vollständig durch die mittelbare Einschüchterung und damit Beschneidung dieses Grundrechts genommen wird! Nachdem die Landesregierung mit ihrem Entwurf zur Erneuerung des Polizeigesetzes 2018 aufgrund des massiven öffentlichen Drucks gescheitert ist, wird nunmehr durch die Hintertüre des Versammlungsrechts versucht, weitere Grundrechtseinschränkungen zur Vorbeugung von Aufbegehren gegen die herrschende Politik durchzudrücken.

Die DKP stellt sich diesem Angriff auf eines der wichtigsten Grundrechte entschieden entgegen und ruft dazu auf, sich an weiteren vielfältigen Protesten, auch während der Coronapandemie zu beteiligen!

Nein zum neuen Versammlungsgesetz NRW!  
Hände weg von unserem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit!



# Kein Baum ist egal



*Unsere Leserin und Umweltaktivistin F. R. hat ihre Erlebnisse im Kampf um den Dannenröder Wald aufgeschrieben. Sie gibt uns ihren Bericht und empfiehlt uns einen Bildband. Hier ist ihr Text:*

Es tut gut durch den Bildband zu blättern und die Fotos vom Wald anzusehen – und löst gleichzeitig eine Menge Schmerz und Sehnsucht aus. Björn Kietzmann hat die vielleicht wertvollsten und auch die schmerzhaftesten Augenblicke aus dem Kampf um den Dannenröder Wald festgehalten.

## **Kampf um den Erhalt des Dannenröder Forst**

Der Dannenröder Forst - von den Aktivist\*innen auch liebevoll „Danni“ genannt - das ist der Wald, in dem wir monatelang gebaut, gekocht, geklettert, gekämpft und gelebt haben. Um den Weiterbau der A 49 zu verhindern, wurde der hessische Wald bereits im Oktober 2019 besetzt. Die Besetzer\*innen waren der Überzeugung, dass es nicht zeitgemäß ist, in Zeiten der Klimakrise einen gesunden Wald für ein Stück Autobahn zu vernichten. Während immer wieder über das Wald- und Artensterben durch den Klimawandel berichtet wird, sollten in Hessen riesige Waldflächen gerodet werden. Außerdem sollte das Teilstück der A 49 quer durch ein Naturschutz- und Trinkwasserschutzgebiet führen. Neben dem Dannenröder Wald sollten auch Teile der umliegenden Wälder, des Herrenwaldes und des Maulbacher Waldes gerodet werden. Zwischen Oktober 2019 und Oktober 2020 stand die Besetzung des Waldes aber so stabil, dass in dieser Rodungssaison nicht wie geplant gefällt werden konnte.

## **Polizei geht mit äußerster Brutalität gegen Aktivist\*innen vor**

Februar 2021. Während ich das hier schreibe, ist der Dannenröder Wald bereits seit letztem Dezember geräumt. Monatelang hatte die Polizei mit einem Großaufgebot – bis zum 20 Hundertschaften täglich - die Baumhäuser und Barrikaden im Wald geräumt und direkt darauf die Bäume fällen lassen. Stück für Stück hatte die Staatsmacht die Barrios, die Baumhäuser-

dörfer, zerstört. Immer wieder kam es zu Unfällen, weil die Polizei fahrlässig und schnell handelte – und zu Polizeigewalt. Aktivist\*innen mussten sich entwürdigenden Maßnahmen unterziehen, sie wurden in Gewahrsam genommen, ihnen wurden Schlafsäcke und Decken weggenommen – nachts, bei Minustemperaturen. Alles was Mensch zum Leben im Wald brauchte, wurde konfisziert. Bis zuletzt stand das Barrio „Oben“ in der Mitte des Waldes. In „Oben“ war auch ich zu Hause. Als im Dezember die letzten Bäume in „Oben“ fallen, haben die Maschinen des Kapitalismus schon eine riesige Schneise in den Wald geschlagen. Von den Barrios, von den Bäumen, in denen wir gelebt haben, ist nichts mehr übrig.

## **„Es wird nie wieder leicht sein, einen Wald zu roden“**

An den Überzeugungen der Aktivist\*innen ändert sich nichts: der Dannenröder Wald ist längst zu einem Symbol der Umweltbewegung geworden. Auch wenn dieser Teil des Waldes nun geräumt und gerodet ist: es gibt viele Wälder, die durch ähnliche Autobahn- oder Neubausiedlungsprojekte gefährdet sind. Es wird nie wieder leicht sein, einen Wald für ein überholtes, kapitalistisches Projekt zu roden – da sind wir uns sicher. Wir werden den Kampf um den Dannenröder Wald nie vergessen, und uns auch immer wieder an die schönen Tage erinnern; an die Tage an denen wir gebaut, geklettert, gekämpft und gelebt haben.

*Björn Kietzmann, Kein Baum ist egal, Bildband, 120 Seiten mit Erläuterungen, gebundene Ausgabe 34,95 Euro, Softpaper 19,95 Euro. Zu beziehen: [photo@kietzmann.eu](mailto:photo@kietzmann.eu)*

*Wir danken F. R. für ihren Bericht. Die Klingenstein-Redaktion denkt an das Ittertal, das vor weiterer Bebauung geschützt werden muss.*



Weitere Informationen: [www.dkp-solingen.de](http://www.dkp-solingen.de)

E-Mail: [dkp-solingen@web.de](mailto:dkp-solingen@web.de)

V. i. S. d. P.: Horst Krämer, Melancthonstr. 5, 42653 Solingen